

# »Nicht Schäuble um Erlaubnis bitten«

## Griechisches Parlament beschließt Referendum für den 5. Juli. Regierungschef Tsipras kritisiert »unakzeptable« Forderungen der EU

Das griechische Parlament hat der Abhaltung eines Referendums über die Forderungen der Gläubiger des Landes zugestimmt. Für die Volksabstimmung votierten in der Nacht zum Sonntag in Athen 178 der 300 Abgeordneten. Regierungschef Alexis Tsipras hatte zuvor für das Referendum geworben und die Bevölkerung zu einem »großen Nein« zu den Forderungen der Gläubiger aufgerufen. Zugleich sollte die Griechen »ein großes Ja zu Europa und zur Solidarität« sagen. Die Volksabstimmung werde am kommenden Sonntag stattfinden, »ob es Griechenlands europäische Partner wollen oder nicht«, erklärte der Ministerpräsident. »Wir alle werden das Ergebnis respektieren. Wir werden die Demokratie, die Volkssouveränität und die Gründungswerte Europas verteidigen.« Dafür werde man weder den deutschen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble noch Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem um Erlaubnis bitten.

Zugleich kritisierte der Regierungschef den Ausschluss von Finanzminister Yanis Varoufakis von der zweiten Sitzung der Eurogruppe am Samstag. »Das wird in unsere gemeinsame europäische Geschichte als düsterer Moment eingehen, nicht nur, weil jemand außerhalb und am institutionellen Prozess vorbei beschlossen hat, einen gleichberechtigten Partner von einem Treffen auszuschließen, sondern auch, weil Finanzminister das Recht eines souveränen Landes in Frage gestellt haben, demokratisch über seine Zukunft zu entscheiden.«

Für das Referendum stimmten im Parlament neben Tsipras' Syriza auch Abgeordnete ihres rechtspopulistischen Koalitionspartners »Unabhängige Griechen« sowie die Neonazi-Partei »Goldene Morgendämmerung«. Gegen den Antrag der Regierung votierten die Konservativen, die Sozialisten, die Kommunisten und die zentristische Potami-Partei.

In dem Referendum sollen die Griechen entscheiden, ob sie die von den Gläubigern im Gegenzug für neue Kredite geforderten Kürzungen akzeptieren oder nicht. Grundlage ist ein am Freitag an Athen übermittelter gemeinsamer Forderungskatalog von Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission. Dieser sieht laut Tsipras unter anderem »unakzeptable« Punkte wie Rentenkürzungen und eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel vor.

Der Ausgang des Referendums scheint ungewiss. In zwei noch vor der Ankündigung des Referendums abgehaltenen Umfragen sprach sich eine Mehrheit der Griechen für eine Einigung mit den Gläubigern aus. So votierten auf die Frage »Wie würden sie abstimmen, wenn es zu einem Referendum kommt?« 47,2 für ein Abkommen und 33 Prozent dagegen. Fast 20 Prozent zeigten sich in der Umfrage für die Wochenzeitung *Vima* unentschlossen.

Tsipras hatte das Referendum in der Nacht zum Samstag angekündigt. Als Reaktion darauf beschlossen die Euro-Finanzminister, dass Athen der Geldhahn zugedreht werden soll. Bei einem Sondertreffen in Brüssel lehnten sie am Samstag eine Verlängerung des am 30. Juni auslaufenden »Hilfsprogramms« für Athen ab. Diese Entscheidung kritisierten die Vorsitzenden der Linkspartei, Katja Kipping und Bernd Riexinger, sowie der Chef der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi. »Bundeskanzlerin Merkel muss jetzt eingreifen«, forderten sie in Berlin. »Das Schicksal Europas liegt in ihren Händen. Eine Verlängerung des so genannten Hilfsprogrammes um eine Woche muss drin sein. Die griechische Bevölkerung hat das Recht, über ihr Schicksal abzustimmen - die Bundeskanzlerin hat genug Einfluss, dem technokratischen Wahnsinn Einhalt zu gebieten. Tut sie dies nicht, wäre das ihr größter Fehler und zugleich der Beginn einer Dauerkrise für die Menschen in Deutschland und in ganz Europa.«

Zur Ankündigung von Tsipras, die Bevölkerung Griechenlands über die Forderungen der Gläubiger abstimmen zu lassen, hatten Kipping und Riexinger zuvor erklärt: »Alexis Tsipras kämpft weiter entschlossen gegen die falsche Politik in Europa. Der Starrsinn von Bundeskanzlerin Merkel und den Institutionen, an der sinnlosen Austeritätspolitik festzuhalten, stürzt Europa in eine soziale Krise und kann die Steuerzahler in Deutschland bis zu 84 Milliarden Euro kosten. Dabei schwor die Bundeskanzlerin den Eid, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Sie macht das Gegenteil! Die Fortsetzung der Austeritätspolitik, die sie im Bündnis mit den Institutionen Griechenland aufzwingen will, ist gescheitert. Alexis Tsipras hat

mit dem Referendum eine demokratische und weise Antwort auf das undemokratische Troika-Unwesen gefunden. Jetzt sprechen diejenigen, die von den Kürzungsdiktaten der Institutionen auch betroffen sein werden. EU-Eliten aufgepasst, so geht Demokratie!« **(AFP/ANA-MPA/jw)**

## **Erklärung der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE)**

Die KKE ruft das Volk auf, beim bevorstehenden, von der SYRIZA-ANEL-Regierung angekündigten Referendum, sowohl den Vorschlag der EU-IWF-EZB, als auch den Vorschlag der Regierung abzulehnen. Beide Vorschläge beinhalten barbarische volksfeindliche Maßnahmen, die zu den bestehenden Memoranden und Durchführungsbestimmungen hinzu kommen werden. (...)

Nach Ansicht der KKE muss die Antwort des griechischen Volkes beim Referendum folgende sein:

**NEIN ZU DEN VORSCHLÄGEN DER DREI INSTITUTIONEN UND DEN VORSCHLÄGEN DER REGIERUNG - LOSLÖSUNG VON DER EU JETZT!**

Die Regierung betrügt, wenn sie sich auf die Respektierung des Volkswillens für die Durchführung des Referendums beruft. Der Wille des Volkes all diese Jahre war, sich von den Memoranden, den dazugehörigen Gesetzen und den volksfeindlichen Maßnahmen zu befreien. Die Regierung hält sie allerdings nicht nur aufrecht, sondern verstärkt sie durch ihren Vorschlag noch mehr. Sie führt das Volk weiterhin an der Nase herum, indem sie behauptet, dass innerhalb der "Einbahnstraße" der EU und der kapitalistischen Entwicklung eine Lösung zugunsten des Volkes geben kann, dass die EU im Interesse ihrer Völker wirkt, ohne dass ihr kapitalistischer Charakter sich ändert. Auch die anderen Parteien der bürgerlichen Opposition betrügen das Volk auf einer anderen Art, wenn sie mit dem Dilemma "Euro oder Drachme" Panikmache betreiben, ein Dilemma, das Teile des Kapitals in den Vordergrund rücken, und nicht das Volk. (...)

Die einzige realistische Alternative zugunsten des Volkes ist der Bruch mit der EU, die Loslösung von diesem Wolfsbündnis, vom Kapital und seiner Herrschaft, damit das Volk die Macht in die eigenen Hände nimmt. Diese Alternative wird das Ergebnis des Willens und des Handelns der Arbeiter- und Volksbewegung in Zusammenschluss mit der KKE.

Athen, 27.6.2015

---

<http://www.jungewelt.de/2015/06-28/003.php>